



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Zum deutsch-österreichischen Handelsvertrage

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Zum deutsch-österreichischen Handelsvertrage



Die „Hamburger Nachrichten“ haben sich in letzter Zeit wiederholt in bemerkenswerter Weise mit unserm Verhältnis zu Osterreich-Ungarn beschäftigt, indem sie es sich zur Aufgabe machten, darzuthun, daß das Bündnis mit Osterreich bei allem unzweifelhaften Wert, den es für uns habe, doch überschätzt werde. Diese Überschätzung der österreichischen Freundschaft habe Osterreich eine gewisse Berechtigung zu der Auffassung gegeben, daß es die leitende Stelle im Bunde einnehme, und nun glaube Osterreich seine günstige Stellung dazu benutzen zu können, wirtschaftliche Zugeständnisse von uns zu erlangen. Schon früher habe man von österreichischer Seite im Interesse des ungarischen Kornhandels an Deutschland ähnliche Zumutungen gestellt wie jetzt, diesen sei man bei uns höflich entgegengekommen, habe sie aber doch abzulehnen gewußt. Damals sei eben Deutschland in einer günstigeren Stellung gewesen durch sein System der gleichzeitigen Anlehnung an Rußland. Osterreich habe damals der Sache ihre beste Seite abzugewinnen gesucht und sich mit dem begnügt, was zu erlangen war, denn es habe Deutschland nicht nur für mächtiger gehalten als sich selbst, sondern auch für klüger.

Wenn hiernach die Abkühlung unsrer Beziehungen zu Rußland\*) geradezu als ein Umstand bezeichnet wird, der Deutschland zum Abschluß eines unvorteilhaften Vertrags mit Osterreich-Ungarn geführt habe, so wollen wir, die Fehlerhaftigkeit des Vertrags zunächst als gegeben betrachtend, vor allem

\*) Während wir dies schreiben, kommt uns eine Auslassung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung zu, worin es in Abrede gestellt wird, daß die deutsch-russischen Beziehungen gestört seien. Nun ja, in der offiziellen und offiziellen Sprache redet man von gestörten Beziehungen erst, wenn der Krieg vor der Thür steht, und daß dies nicht der Fall sei, glauben wir recht gern. Man kann sich sehr kühl gegenüberstehen, ohne sich zu bekriegen.

einen Blick darauf werfen, wie wir um die russische Freundschaft gekommen sind, welcher Natur sie überhaupt war, und ob es möglich und wünschenswert ist, sie wiederzugewinnen.

Von der Freundschaft zwischen Preußen und Rußland in älterer Zeit soll nicht viel geredet werden. Sie hat Preußen manches Opfer gekostet, hat ihm auch manche Hilfe eingetragen, wenn man in Rußland gleichzeitig ein eignes Interesse an der Gewährung zu haben glaubte. Wir reden von der Zeit nach der Einigung Deutschlands. Kaiser Wilhelm I. stand noch ganz auf dem Boden der alten uneigennütigen Freundschaft für Rußland, was freilich nicht hinderte, daß Rußland stets mehr oder minder genau abwog, welchen materiellen Wert diese Freundschaft habe. Es soll nicht geleugnet werden, daß Kaiser Alexander II. selbst vielleicht edler dachte; aber seine Umgebung berechnete den Wert der deutschen Freundschaft doch sicherlich nur nach den Quadratmeilen, die sich unter ihrer Gunst in der Türkei oder in Mittelasien einsacken ließen. So mußte die Sache einen Haken bekommen, als über das Trauerspiel des russisch-türkischen Krieges der Vorhang gefallen war, und Rußland glaubte, im Berliner Kongreß eine Komödie daraufsetzen zu dürfen, in der durch Bismarcks Beihilfe die Gesamtheit der europäischen Staaten mit Ausnahme Rußlands zur Rolle der Dummen verurteilt werden würde.

Es ist bekannt, in welcher feinen Weise sich Fürst Bismarck damals auf den Standpunkt des ehrlichen Maklers stellte und das Zustandekommen eines Werkes ermöglichte, das allen Teilen gerecht wurde, alle sich widerstreitenden Interessen nach Möglichkeit versöhnte, und mit dem sich auch alle Teile zufrieden erklären mußten. Auch Rußland gab sich zufrieden — offiziell und äußerlich. Aber es hatte nicht ein gerechtes Entgegenkommen erwartet, sondern ein ungerechtes. Es hatte erwartet, Fürst Bismarck werde sich zum Komplizen eines Vänderraubes machen, der durch nichts zu rechtfertigen gewesen wäre. Von da ab begann in Rußland die Heze gegen Bismarck und gegen Deutschland; zum erstenmale hatte man mit der Möglichkeit eines jähen Endes der russischen Freundschaft zu rechnen.

Anfang September 1879 — Fürst Bismarck, der eben das Bündnis mit Österreich unter Dach gebracht hatte, weilte damals fern von Berlin — nahmen die schon seit einiger Zeit aufgetauchten Kriegsgerüchte ernsthaftere Gestalt an. Auch begann in den Festungen der Ostgrenze ganz in der Stille das Gesicht so mancher Dinge sich zu ändern, und aufmerksame Spaziergänger gewannen die Überzeugung, es liege nicht außer dem Bereich der Möglichkeit, daß die Befestigungen bald noch einem andern Zwecke dienen könnten als der Hinderung der Ausdehnung der von ihnen eingeschlossenen Städte. Drüben über der Grenze konnte zwar in Polen, wo eben große Kaisermanöver waren, ein kriegerisches Aussehen der Dinge natürlich nicht als etwas Befremdliches

gelten; aber eine großartige Truppenzusammenziehung, die aus der Gegend von Kowno gemeldet, von der russischen Presse geleugnet und von einem Abgesandten einer wegen der Kriegsgerüchte beunruhigten norddeutschen wirtschaftlichen Körperschaft aus eigener Anschauung bestätigt wurde, hatte mit den Kaisermanövern in Polen doch gewiß nichts zu thun. Es trafen damals verschiedene Umstände zusammen, die vom deutschen Standpunkte aus die Ansicht hätten rechtfertigen können, daß es für einen Krieg, wenn ein solcher einmal unvermeidlich, eben die beste Zeit sei. Dahin gehörte namentlich die Thatsache, daß sich das russische Heer von den Folgen des Türkenkrieges noch nicht recht erholt hatte. So durfte man wohl annehmen, daß Deutschland, wenn Rußland Handel anfinge, ihnen nicht aus dem Wege gehen würde.

Wie das aber auch sein mochte — einer wollte den Krieg nicht: Kaiser Wilhelm. Die von Manteuffel geführte Abordnung deutscher Offiziere, die zu den Kaisermanövern nach Warschau ging, nahm einen wichtigen Brief des Kaisers an den Zaren mit. Es folgte ein lebhafter Depeschenwechsel zwischen Berlin und Warschau. An der Grenze verbreitete sich das Gerücht, die Kaiserzimmer im Bahnhofe zu Alexandrowo würden zum Empfange hochstehender Persönlichkeiten in Bereitschaft gebracht, und plötzlich wurde man überrascht durch die Nachricht, Kaiser Wilhelm werde in Alexandrowo mit dem Zaren zusammentreffen.\*) Der kaiserliche Extrazug folgte der Nachricht auf dem Fuße.

Der Kaiser hatte niemanden wegen seines Vorhabens befragt. Fürst Bismarck muß es in jenen Tagen für gut befunden haben, selbst den Schein zu vermeiden, als habe er an dem Schachzuge seines kaiserlichen Herrn Anteil gehabt. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ gab zu verstehen, daß der Kaiser den Reichskanzler lediglich telegraphisch benachrichtigt habe, daß er „in Voraussicht seines Einverständnisses“ Manteuffel mit dem und dem Auftrage nach Warschau entsendet habe. Man wollte selbst wissen, Bismarck habe zurücktreten wollen und habe als letzten Versuch, sein Verhältnis zu dem Monarchen wieder in den richtigen Stand zu bringen, eine Denkschrift über den Fall ausgearbeitet, deren Aufnahme durch den Kaiser ihn dann befriedigt habe. Es ist wohl anzunehmen, daß der Kaiser zufrieden war, den Krieg vermieden zu haben, und die Erklärung abgab, auf solche Konsequenzen der Erhaltung des Freundschaftsbundes mit dem Zaren verzichten zu wollen, die dem Fürsten Bismarck für das Heil Deutschlands bedenklich scheinen möchten.

Daß der Kaiser selbst nachträglich seine Fahrt nach Alexandrowo als ein seiner Freundschaft und Friedensliebe gebrachtes schweres Opfer ansah, ist

\*) Zu den Überraschten gehörte auch Moltke, der auf der Durchreise von Kreisau nach Berlin im Hotel Sanssouci in Thorn mit Erstaunen die großen Neuigkeiten aus der „Östdeutschen Zeitung“ entnahm.

wohl anzunehmen, und wer ihn damals gesehen hat, wird nie den Unterschied seiner Haltung und seiner Gesichtszüge vor und nach der Verhandlung vergessen. Auf dem Hinwege wars der Kaiser, der sich in seinem Herrscherglanze seinem Volke zeigt — was hätte ihn auch bedrücken sollen? Er ging, zwischen sich und einem lieben Verwandten ein kleines Mißverständnis zu beseitigen, seinem Neffen zur Veröhnung die Hand hinzustrecken, in die dieser gewiß gern und freudig einschlagen würde. Aber man wollte damals schon in Alexandrowo wissen, die sehr lange dauernde Unterredung zwischen den Kaisern habe durchaus nicht einen so einfachen Verlauf genommen. Ein unbefugter Beobachter, der sah, wie der Zar aufgeregte im Gemache auf- und abging, sich nieder setzte, um Notizen zu machen, und wieder aufsprang, schloß daraus, daß über ganz konkrete Streitpunkte verhandelt worden sei. Wie das auch sein mag, jedenfalls nahm Kaiser Wilhelm die Überzeugung mit nach Hause, daß die russisch-deutschen Beziehungen durch tiefere Ursachen gefährdet seien, als etwa nur durch die augenblickliche Kriegslust der Zeitungen, und daß die jetzt eben geklickte Freundschaft die Lebenszeit der beiden Monarchen, die ihre eigentlichen Träger waren, kaum lange überdauern würde. Der Kaiser sah gebückt, abgesspannt, mißmutig aus, als er am andern Tage die Heimreise antrat. Und nicht umsonst fragten die Zeitungen, ob es denn wirklich nötig gewesen sei, daß der Oheim dem Neffen, der deutsche Kaiser dem Zaren in solcher Weise entgegengekommen sei, wie man es eben gesehen hatte. Man traute dem guten Wetter keinen langen Bestand zu.

Dennoch wurde selbst nach dem baldigen jammervollen Ende Alexanders II. und dem Regierungsantritt seines nichts weniger als deutschfreundlichen Sohnes ein leidliches Verhältnis gewahrt. War es vor dem Tage von Alexandrowo, worüber wir ja nicht bestimmt urteilen können, etwa Bismarcks Gedanke gewesen, den Handschuh aufzunehmen, den Rußland Wien machte hinzuwerfen, so läßt sich ganz bestimmt sagen, daß nach Alexandrowo die Politik Bismarcks schon aus Nützlichkeitgründen mit den Gefühlen des Kaisers übereinstimmen und sich wieder in ähnlichen Bahnen bewegen mußte, wie vor der Verstimmung, die der Berliner Kongreß hervorgerufen hatte. Die große Gelegenheit war vorbei. Rußland begann sich von den Folgen des Türkenkrieges zu erholen, und selbst wer überzeugt war, daß ein Bruch mit dem östlichen Nachbar in der Zukunft unvermeidlich sein würde, sah keinen Grund, die Herbeiführung zu beschleunigen. Von russischer Seite freilich that man sich keinen Zwang an und suchte keineswegs alles zu vermeiden, was Deutschland verletzen konnte, sei es nun aus angeborner Unart oder weil man die deutsche Freundschaft doch nicht für echt hielt. Nicht ohne Grund fuhr wohl Kaiser Wilhelm deshalb fort, besorgt zu sein, daß es nach seinem Tode und Bismarcks etwaigem Abgang zum Bruch mit Rußland kommen würde, und er gab dieser Besorgnis auf seinem Sterbebette unzweideutigen Ausdruck.

So war es also ein Vermächtnis Kaiser Wilhelms, die russische Freundschaft zu pflegen. Es hatte nicht den Anschein, als ob Kaiser Friedrich geneigt wäre, dieses Vermächtnis anzunehmen. Aber Kaiser Wilhelm II., der ja in allem unmittelbar an die Überlieferungen seines Großvaters anknüpfen wollte, säumte keinen Augenblick, dessen Wünschen in Betreff Rußlands fast in auffälliger Weise nachzukommen. Es ist nicht bekannt, welche Stellung Bismarck zu diesem Vorgehen des jungen Monarchen eingenommen hat; es soll auch nicht etwa gesagt werden, daß dieser im Übereifer gehandelt habe. Die Thatfache allein, daß es bekannt geworden war, wie dringend Kaiser Wilhelm I. noch während seiner letzten Atemzüge ein gutes Einvernehmen mit Rußland empfohlen hatte, genügt vollauf, zu erklären, was nun geschah: man überschätzte in Rußland das deutsche Freundschaftsbedürfnis und nahm eine Gönnermiene an, die verstimmen und abkühlen mußte. Wenn es wirklich wahr wäre, daß die Vorliebe des Kaisers für Rußland in ihr Gegenteil umgeschlagen sei, so wäre das hiernach wohl kein Wunder.

Aus dem Gesagten ist ersichtlich, daß unter der Pflege der guten Beziehungen zu Rußland zweierlei Dinge verstanden wurden. Unter dem Bismarckschen Gesichtspunkte lief sie einfach darauf hinaus, alles zu vermeiden, was ohne Not oder zur Unzeit einen Krieg heraufbeschwören konnte, gleichzeitig aber die Möglichkeit eines engern Bündnisses gerade so weit offen zu halten, daß andre Staaten damit rechnen mußten. Unter dem Gesichtspunkte Kaiser Wilhelms I. aber bedeutete sie wahre Herzensfreundschaft. Wäre seit dem Jahre 1879 der erste Gesichtspunkt allein maßgebend geblieben und der letzte nicht gelegentlich in einer Weise hervorgetreten, die der russischen Überhebung Nahrung geben mußte, so wäre wohl der jetzt augenscheinlich vorhandene Rückschlag nicht erfolgt.

Wenn nun wirklich die Abkühlung so stark ist, daß Oesterreich-Ungarn glaubt, die Möglichkeit einer Wiederherstellung der deutsch-russischen Beziehungen nicht in Rechnung stellen zu müssen, und deshalb dem deutschen Reiche mit Rücksicht auf dessen Stellung zwischen den zwei Feuern Frankreichs und Rußlands unentbehrlich zu sein glaubt, so ist es ja allerdings nicht unmöglich, daß man sich in Wien hierauf gesteuert und Deutschland in dem Handelsvertrage Zugeständnisse abgerungen hat, die zu verlangen man sonst nicht den Mut gehabt hätte. Alsdann ist es von diesem Gesichtspunkte aus gewiß zu bedauern, daß man den goldnen Mittelweg der Bismarckschen Politik Rußland gegenüber verlassen hat. Das muß auch der anerkennen, der nie einen Funken von Sympathie für Rußland besessen hat. Man kann sich unter diesem Gesichtspunkte wohl auch gern damit einverstanden erklären, daß die alten Beziehungen zu Rußland — im Bismarckschen Sinne, nicht in dem Kaiser Wilhelms I. — wieder hergestellt werden möchten. Allein Rußland dürfte gegenüber einem deutschen Staatsmanne, vor dem es nicht den ge-

waltigen Respekt hat, den ihm Bismarck einflößte, wohl schwerer wiegende Freundschaftsbeweise verlangen als ehemals, und so könnte die Freundschaft uns leicht zu teuer werden.

Das mag nun sein, wie es will; jedenfalls scheint es uns zu spät, für den vorliegenden besondern Fall durch eine Annäherung Deutschlands an Rußland noch viel zu ändern. Wir stehen vor der Thatsache, daß der Vertrag mit Oesterreich-Ungarn von der Reichsregierung abgeschlossen ist, und daß eine Mehrheit für ihn im Reichstage so gut wie gesichert ist.

Nicht ausgeschlossen ist dagegen, daß die Reichstagsmehrheit, die deutsche Reichsregierung und selbst die österreichisch-ungarische Regierung zu gewissen Abänderungen des Vertrages noch die Hand bieten würden, wenn aus der Minderheit heraus Vorschläge gemacht würden, die geeignet schienen, den Zwecken und Zielen der vertragschließenden Regierungen in gleicher Weise zu dienen wie die zwischen ihnen vereinbarten Bestimmungen, auf der andern Seite aber die Nachteile beseitigten, die, wie wir nicht bezweifeln dürfen, weiten Schichten des deutschen Volkes nach der jetzigen Gestalt des Vertrages drohen. Wir haben natürlich den Getreidezollsatz im Auge. Denn was der Vertrag sonst enthält, wissen wir überhaupt noch nicht.

Es ist nicht zu erwarten, daß die Regierungen bezüglich der Höhe des Zollsatzes für Getreide mit sich werden handeln lassen. Man mag es versuchen und soll es versuchen; aber wenn sich zeigt, daß in dieser Richtung nichts durchzuführen ist, so wird man auf einen andern Ausweg bedacht sein müssen.

In einer Adresse, die vor kurzem aus Süddeutschland an den Fürsten Bismarck gerichtet und von den „Hamburger Nachrichten“ veröffentlicht wurde, war ein solcher Vorschlag gemacht, und er scheint in der gesamten deutschen Presse eine gewisse Beachtung gefunden zu haben. Wenigstens konnte es auffallen, daß die meisten von den Blättern, die die Adresse nur in Auszügen wiedergaben, gerade diesen Vorschlag hervorzuheben für gut befanden. Nach diesem Vorschlage sollten die Getreidezölle überhaupt aufgehoben und durch ein Reichsmonopol auf die Getreideeinfuhr ersetzt werden. Es ist klar, daß eine solche Einrichtung dem Reiche die Möglichkeit bieten würde, die Einfuhr von Getreide aus Oesterreich-Ungarn in jeder wünschenswerten Weise vor der andrer Länder zu begünstigen und selbst der österreichisch-ungarischen Regierung gegenüber sich vertragsmäßig hierzu zu verpflichten. Sie könnte also Oesterreich-Ungarn vollen Ersatz bieten für das, was jetzt die Zollermäßigung gewähren soll, und könnte doch durch Beschränkung der Einfuhr aus andern Ländern die Inlandspreise auf der Höhe halten, unter die sie nicht sinken dürfen, wenn der deutsche Getreidebau in seiner Existenz nicht bedroht werden soll. Außerdem aber könnte die Reichsregierung auf der andern Seite in Fällen unverhältnismäßig hoher Preise auch wieder zu Gunsten der Kon-

fumenten eintreten und durch vermehrte Einfuhr preisvermindernd wirken. Und schließlich — wenn dies auch der schwierigste Punkt sein mag — dürfte es auch nicht unmöglich erscheinen, der Einrichtung eine solche Gestalt zu geben, daß sie den Privathandel, wenn sie ihn auch zum Teil in andre Formen zwingt, nicht gar zu sehr beeinträchtigt, wenigstens nicht in seinen berechtigten Interessen. Wenn sie den wildesten Spekulationsunfug etwas vermindert, so kann darin gerade kein Unglück gesehen werden. Vielleicht wird von der Seite, von der die Idee des Monopols ausgegangen ist, zu geeigneter Zeit noch nähere Aufklärung darüber erfolgen, wie man sich die Ausföhrung gedacht hat.

Wenn es durch Verwirklichung des gedachten Vorschlages oder auch auf anderm Wege gelingt, die Nachteile zu vermeiden, mit denen uns die geplante Herabsetzung der Getreidezölle bedrohen würde, und wenn uns ferner, was ja abzuwarten bleibt, der Handelsvertrag nach seinem Bekanntwerden nicht noch neue unliebsame Überraschungen bietet, so könnte dem Zollbunde immerhin die Probe gegönnt werden, wenn auch die sofortige Festlegung auf eine längere Reihe von Jahren — da es eben doch nur ein Versuch ist — bedenklich scheinen dürfte. Der Gedanke eines europäischen Zollkartells, der im Hintergrunde steht, scheint uns an sich nicht gerade zu den ungesundesten zu gehören. Freilich hätten wir uns seine Verwirklichung etwas anders gedacht.

Vor allem wäre der Satz aufzustellen, daß für die Entscheidung, welche Länder ein solcher Bund umfassen dürfte, in erster Linie nur wirtschaftliche Gesichtspunkte, dagegen politische Zuneigung und Abneigung nur so weit in Betracht kommen dürften, als ihrer Berücksichtigung vom wirtschaftlichen Standpunkte aus schlechterdings nichts im Wege steht. Wie man in der Landwirtschaft wohl sagen kann, daß zur auskömmlichen Ernährung einer Familie von bestimmter Kopffzahl eine Wirtschaft von bestimmter Größe erforderlich sei, und daß diese Wirtschaft zu ihrer Föhrung (durchschnittlich, d. h. soweit das Verhältnis nicht durch Arbeitsteilung ändernd beeinflusst ist) aus so viel Garten, Wiese, Acker, Weide, vielleicht auch Wald bestehen sollte, ebenso kann man sagen, daß eine Bevölkerung von bestimmter Größe zu ihrer Ernährung u. s. w. eine so und so große Bodenfläche erfordere. Und auf unsrer Kulturstufe ist es nicht nur erforderlich, daß sich diese Bodenfläche nach Kulturarten dem Bedürfnisse entsprechend verteile, sondern auch, daß sie z. B. einen bestimmten Prozentsatz von Tropenländern mit umfasse u. s. w. Ebenso ist es erforderlich, daß sie noch für eine geraume Weile dem Bevölkerungszuwachs Spielraum gewähre, also noch einen gewissen Prozentsatz nicht unter Kultur befindlichen, aber kulturfähigen Landes habe. Wenn es schon schwierig ist, im einzelnen Falle festzustellen, welches Gelände für die Ernährung einer Bauernfamilie bestimmter Größe erforderlich ist, so ist es natürlich noch ungleich schwieriger, einen internationalen wirtschaftlichen Bund

zusammenzustellen, worin sich Bevölkerung und Bodenumfang das Gleichgewicht halten.

Man muß eben verschiedene Zusammenstellungen versuchen und sie an der Hand der Produktions- und Konsumtionsstatistik zu prüfen suchen. Wir wollen den Leser nicht mit der Mitteilung eines von uns gemachten derartigen Versuches belästigen, da er wegen der Unvollständigkeit des statistischen Materials, das uns zu Gebote gestanden hat, auf schwachen Füßen steht. Wäre das gewonnene Ergebnis zutreffend, so könnte vielleicht die Gesamtheit der europäischen Staaten mit Ausschluß Rußlands (das wir uns eher in Anlehnung an den zu erwartenden amerikanischen Zollbund denken), aber mit Einschluß ihrer Kolonien als eine geeignete Grundlage für ein Zollkartell erscheinen. Aber auch die Wahrscheinlichkeit, daß bei Heranziehung genauerer Daten das Ergebnis der Berechnung anders sein würde, könnte nichts gegen das Prinzip beweisen, sondern nur die Wahl einer andern Zusammenstellung nahelegen.

Wie aber alle diese Staaten unter einen Hut bringen? Durch Verhandlungen von Zollsatz zu Zollsatz gewiß nicht. Dagegen scheint uns auch hier ein Vorschlag brauchbar zu sein, der in England aufgetaucht ist und dort darauf hinzielt, auf leichte Weise eine Zollvereinigung zwischen dem Mutterlande und den Kolonien zu stande zu bringen. Man läßt alle Zölle der verbündeten Staaten untereinander zunächst, wie sie sind, und belegt nur alle Waren, die aus Ländern eingehen, die nicht im Verein sind, mit einer Zuschlagstaxe von so und so viel Prozent des Zolles, den sie zahlen würden, wenn sie aus einem zum Verein gehörenden Lande kämen. Das Weitere ergibt sich dann ganz von selbst. Das wenigstens annähernde Gleichgewicht zwischen Bevölkerungszahl und Bodenfläche führt stetig einem Ausgleich der innerhalb des Bundes sich noch bekämpfenden wirtschaftlichen Interessen entgegen, sodaß man allmählich an die Verminderung oder Abschaffung der internen Zölle denken kann. Daß das wachsende Gefühl der Zusammengehörigkeit auch auf die Erhaltung des politischen Friedens günstig wirken würde, braucht wohl nur angedeutet zu werden. Wenn aber Verschiebungen in den Produktions- und Konsumtionsverhältnissen einträten, die das vorhandene Gleichgewicht störten, so wäre durch Angliederung neuer geeigneter Länder leicht zu helfen, und Länder, die sich gern einer so mächtigen wirtschaftlichen Koalition anschließen, wären auf absehbare Zeit leicht zu finden.

Nun, das sind ungelegte Eier! Denken wir vor allem daran, was wir gegen die fatale Bestimmung des deutsch-österreichischen Vertrages, die die Getreidezölle betrifft, thun können.